



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### Konsultationsverfahren der Europäischen Union

##### Energie

##### CO<sub>2</sub>-Management in der Industrie – Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung

08.06.2023 - 31.08.2023

Drs. 18/29501, 18/29949

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Der Bayerische Landtag begrüßt die Initiative der EU, CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung als taugliche Instrumente zur Erreichung der Klimaziele und zur Dekarbonisierung der Wirtschaft zu prüfen. Denn selbst bei Einsatz aller technologischen Optionen wird in wichtigen Industriezweigen (insb. in der Zement-, Kalk-, Glas-, Ziegelindustrie) und in der Abfallwirtschaft auch künftig eine nicht unerhebliche Menge an CO<sub>2</sub> anfallen. Für diese nicht vermeidbaren prozessbedingten Emissionen müssen Alternativen für den Weg ins Netto-Null-Zeitalter geschaffen werden.
2. Der Bayerische Landtag sieht angesichts der ambitionierten bayerischen, deutschen und europäischen Klimaziele die Notwendigkeit klug aufeinander abgestimmter Instrumente zum CO<sub>2</sub>-Management. Zur Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> sind rasch die rechtlichen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass der Einsatz von CCU/S im industriellen Maßstab möglich wird. Insbesondere Fragen der CO<sub>2</sub>-Nutzung, des (grenzüberschreitenden) CO<sub>2</sub>-Transports und der Speicherung von CO<sub>2</sub> sind derzeit nicht hinreichend geklärt und allein auf nationaler Ebene nicht zu lösen.
3. Der Bayerische Landtag unterstützt daher die Bemühungen der EU, Potenziale von CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCU/S) zu heben, indem diese Initiative jedenfalls folgende Handlungsfelder adressiert:
  - a) Auch wenn das Hauptmotiv der Klimawandel ist, so ergibt sich auch eine industrielle Perspektive zur Nutzung von Kohlenstoff etwa in der Chemischen Industrie, in rohölbasierten Industrien, in der Lebensmittelindustrie oder Landwirtschaft. Neue Absatzmärkte eröffnen sich aber erst, wenn derzeit bestehende regulatorische Hindernisse beseitigt werden. Um CCU im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen, braucht es realistischere Zeitperspektiven und eine positive Anrechnung im ETS, wenn CO<sub>2</sub> nach Abscheidung im Kreislauf bleibt.
  - b) Die Etablierung einer neuartigen Kohlenstoffwirtschaft setzt eine einheitliche Definition zur Qualität des abgeschiedenen CO<sub>2</sub> innerhalb der EU voraus. Dann

kann bereits bei der Planung der Abscheideanlage der Energie- und Kostenaufwand und somit die Wirtschaftlichkeit ermittelt werden. Die Entwicklung einheitlicher Standards ermöglicht sowohl die künftige Verwendung als auch den grenzüberschreitenden Transport von CO<sub>2</sub>.

- c) Der Einstieg in einen CO<sub>2</sub>-Markt benötigt neue Infrastruktur. Sinnvollerweise muss in transnationalen Clustern gedacht werden, um der dezentralen Verteilung des CO<sub>2</sub>-Anfalls gerecht zu werden und eine gemeinsame europäische CO<sub>2</sub>-Transport- und Speicherinfrastruktur aufzusetzen, die Europa unabhängig von Dritten macht.
  - d) Erforderlich ist ein industriepolitischer Impuls, der vom Ziel ausgehen könnte, 40 Prozent des jährlichen Bedarfs der strategischen Netto-Null-Technologien innerhalb der EU zu produzieren. In der Netto-Null-Industrie-Verordnung ist bereits vorgesehen, Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung als strategische Netto-Null-Technologie zu definieren. Die Initiative sollte zusätzlich konkrete Vorschläge machen, wie vorhandene Forschungsbedarfe bei der Weiterentwicklung der CCU/S-Technologien bedient und europäische Förderprogramme diese Bestrebungen unterstützen werden.
4. Der Bayerische Landtag erwartet, dass die Initiative als ergebnisoffener Prozess angelegt wird und unterschiedliche Perspektiven und Technologien einbezogen werden. Dazu wird es als erforderlich angesehen, neben den Mitgliedstaaten die Industriezweige einzubeziehen, in denen Emissionen entstehen oder CO<sub>2</sub> benötigt wird, um Ausgewogenheit im Umgang mit CCU/S zu erreichen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

**Ilse Aigner**